

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreis für beide Ausgaben: Wk. 1.20 monatlich, Wk. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangierlohn. Wk. 4.65 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Belegstellen. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Wk. 19, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigenpreis für die Zeilen: 25 Wk. für deutsche Anzeigen; 35 Wk. für ausländische Anzeigen; 1.20 Wk. für deutsche Anzeigen; 1.50 Wk. für ausländische Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen aufeinanderfolgender Ausgaben: — Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Donnerstag, 6. Juni 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 258. • 66. Jahrgang.

Die Gesamtbeute der dritten Offensive.

Über 55 000 Gefangene, 1500 Offiziere, über 650 Geschütze, weit über 2000 Maschinengewehre.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 6. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artilleriekräfte wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgefechte Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Ertliche Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und am Savièresgrunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war mehrfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Zerstörungseifer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai beträgt nach den bisherigen Feststellungen: Mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Zerstörer zum Absturz gebracht. Das Jagdgeschwader Richthofen schoss gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Mendhoff erangen ihren 31. Leutnant Löwenhardt seinen 27. Leutnant Udet seinen 26. Leutnant Kirchstein seinen 21. und 22. Lufttag.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Bodengewinn der ersten Offensivwoche.

W. T.-B. Berlin, 5. Juni. In einer Woche besetzten die Deutschen während der Schlacht zwischen der Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbarsten Landes mit zahlreichen Wiesen, Obst- und Weinbergen. Über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben, der Rest rund 75 000 Seelen, verließ seine Wohnstätten und floh über die Marne. Diese Flüchtlinge fallen der französischen Regierung zur Last, die sie unterbringen und verpflegen muß.

— Berlin, 6. Juni. (Ab.) Die zehn Tage kraftvoller Offensive, so schreibt General v. Liebert in der „Tägl. Rundschau“, werden in der Geschichte des deutschen Heeres und der Kriegsgeschichte überhaupt epochemachend bleiben. Wir sind stolz auf den Furor teutonici unserer Truppen und wir haben im Laufe dieses gewaltigen Krieges wahrlich nichts dergleichen noch dieser Richtung erlebt. Die Leistungen der tapferen Armeen, die von der Aisne bis zum Walde von Willems-Gotters und bis zur Marne den Sturm auf unter beständigen Kämpfen durchgeführt haben, dürfen aber wohl als eine Glanztat erster Ordnung und fast ohnegleichen hingestellt werden.

Die Beschießung von Chateau-Thierry.

W. T.-B. Berlin, 6. Juni. (Drahtbericht.) Chateau-Thierry wurde vom Feinde mit besonderer Heftigkeit beschossen. Infolge des starken Beschusses der Stadt war der Abzug der Zivilbevölkerung unmöglich. Unter der Bevölkerung traten starke Verluste ein.

Die eroberten Tanks in der Durchbruchschlacht an der Aisne.

W. T.-B. Berlin, 5. Juni. An der gleichen Stelle zwischen dem Winterberg und Berry au Bac, an der in der Frühjahrsschlacht 1917 französische Tankgeschwader angriffen und zusammengebrochen wurden, setzten am 27. Mai auch die deutschen Sturmwagen zum Angriff an. Die Tanks, die hier in der Morgenstimmung vorrückten, bestanden in englischen Panzertanks, die jetzt mit deutscher Besatzung versehen konnten, was die Tankwaffe bei geschicktem Einsatz und rücksichtsloser Führung zu leisten imstande ist. Die jungen Sturmtruppführer, die so oft an der Somme, vor Arras und bei Cambrai die englischen Tankgeschwader feuerpendelnd sah heranziehen, sahen, bis Vorkämpfer der deutschen Artillerie sie vernichteten, konnten jetzt als Tankkommandanten Schrecken in die Reihen der englischen Infanterie tragen. Mit ihnen vorrückten Maschinengewehrtruppen, Artillerie und Offiziere der Kraftfahrtruppen in der Führung der Panzertruppen. Im dem Augenblick, wo die Infanterie zum Sturm antrat, hatten die Tanks bereits die englischen Gräben erreicht. Stellenweise fuhren die Tanks bis auf 1000 Meter vor der Infanterie her. Ein Detachement kam unter dem Schutze ihm vorausführender Tanks eine Strecke von 4 Kilometern bis an den Augenberg fast ohne einen Mann Verlust vorwärts. Ein Sturmwagen fuhr bis Pontavert und machte mehr als 300 Gefangene, die er, aus ihren Gräben herausziehend, der nachrückenden Infanterie in die Arme trieb. Vergeblich versuchten die englischen Batterien und Geschütze, den Sturmangriff der deutschen Panzerwagen aufzuhalten. Von 26 Tanks wurden nur 2 durch Vorkämpfer außer Gefecht gesetzt, aber der überlebende Rest der Besatzung griff zu Revolvern und Handgranaten und kämpfte als Stoßtrupp mit der Infanterie weiter. Die Tanks, die die Engländer auf ihrem Rückzug gegen Amiens zu Dugenden und Hunderten zurückließen, leisteten uns gute Dienste.

Eine Ermütigungs-Kundgebung des obersten Kriegsrats in London.

W. T.-B. London, 6. Juni. (Drahtbericht. Reuter, Amtlich.) Der oberste Kriegsrat hat unter Umständen, die für den Bund der freien Völker sehr ernst sind, seine sechste Sitzungsperiode begonnen. Die deutsche Regierung, von allem Druck an der Ostfront durch den Zusammenbruch der russischen Armee und des russischen Volkes befreit, hat alle ihre Anstrengungen im Westen konzentriert und sucht jetzt durch eine Reihe verzweifelter und kostspieliger Angriffe auf die verbündeten Armeen eine Entscheidung im Westen zu erzwingen, ehe die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft wirklich entfalten können. Den Vorteil, den die feindliche Herceleitung in ihrer strategischen Lage besitzt, und ihre überlegenen Eisenbahnverbindungen haben sie in den Stand gesetzt, einige Anfangserfolge zu erringen. Sie wird zweifellos den Angriff erneuern und die verbündeten Nationen haben vielleicht noch kritische Tage zu gewärtigen. Unter Berücksichtigung der Gesamtlage hat der oberste Kriegsrat die Überzeugung gewonnen, daß die Verbündeten, die die Prüfungen des gegenwärtigen Feldzuges mit denkbar größter Tapferkeit ertragen, die sie stets in Verteidigung und Angriff bewiesen haben, die Absicht des Feindes berechnen und ihn seiner Zeit besiegen werden. Alles, was nur möglich ist, geschieht, um die Feldarmee zu unterstützen. Die Vorbereitungen für die Einheit des Oberbefehls haben die Stellung der verbündeten Armeen wesentlich gesteigert. Die Arbeit vollzieht sich reibungslos und mit Erfolg. Der oberste Kriegsrat setzt alles Vertrauen in sich; er blickt mit Hochachtung und Bewunderung auf die Tapferkeit der verbündeten Truppen. Der oberste Kriegsrat vertraut auf den Endsieg. Die verbündeten Nationen sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu opfern. Ihre Armeen legen denselben hartnäckigen Mut an den Tag, der sie in vielen früheren Fällen in den Stand gesetzt hat, den deutschen Angriff niederschlagen zu können. Wir müssen nur mit Geduld und Vertrauen bis zum Ende aushalten, um uns den Sieg und die Freiheit zu sichern. Die freien Völker und ihre glänzenden Soldaten werden die Zivilisation retten.

Deutsch-englischer Fliegerkampf.

Br. Rotterdam, 6. Juni. (Fig. Drahtbericht. Ab.) An der Küste der Insel Texel schied gestern Abend ein Kampf zwischen sieben deutschen und fünf englischen Wasserflugzeugen statt. Ein deutsches Wasserflugzeug fiel brennend in das Wasser, ein englisches landete in Holland, ein zweites englisches Flugzeug geriet am Strand in Brand. Sechs Offiziere, drei Unteroffiziere und sieben Soldaten wurden interniert.

Die Präsidentenwahl im Reichstag auf morgen verschoben.

B. A. Berlin, 6. Juni. (Fig. Drahtbericht. Ab.) Der Sitzungssaal ist stark gefüllt, auch die Tribünen sind dicht besetzt, um das seltene Schauspiel der Präsidentenwahl zu erleben, das einige Abwärtung in der trockenen gefeierten Arbeit bringt, die der Reichstag in der Sommerlagung zu erleben hat. Der Zentrumskoordinator Hebrich, dessen Kandidatur schon seit einigen Tagen feststand, erscheint im schwarzen Red. Vizepräsident Paasche eröffnet die Sitzung. Nach vorgelegener Wahl wird eine Erweiterung der Geschäftsordnung stattfinden, dahingehend, daß hinfert drei Vizepräsidenten vorhanden sind, und im Gegenzug zu früher, ohne Rangfolge. Wie bei der Wahl der Schriftführer wird die Vizepräsidentenwahl mit Gleichberechtigung erfolgen. Die konservative Fraktion hat auf einen Vizepräsidentenposten verzichtet, da sie an dem alten Standpunkt festhält, in keinem Präsidium vertreten zu sein, dem ein Sozialdemokrat angehört. Zukünftig werden neben dem Zentrumskoordinator Hebrich auch der Sozialdemokrat Scheidemann oder Südekum — was jedoch noch nicht genau feststeht, da die sozialdemokratische Fraktion sich kurz vor der Sitzung vertraulich beriet —, der Fortschrittler Dove und der Nationalliberal Paasche das Präsidium bilden, das damit ein ausgesprochenes Mehrheitspräsidium sein will.

Th. W. Berlin, 6. Juni. Als mit 1/2stündiger Verspätung endlich die Sitzung eröffnet wurde, äußerte man, daß die lange Beratung der Sozialdemokraten nicht ganz gründlich gewesen war. Vizepräsident Dr. Paasche brachte eine große Interpellation vor das Haus, das den kommenden Akt in allen Einzelheiten geregelt glaubte. Er bat die Präsidentenwahl auf morgen zu verlagern, da interne Ereignisse eine ernste Sitzung des Senatskonvents nötig gemacht hätten. Wie man erfuhr, weigerte sich ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Fraktion, die geplanten Repräsentationsgelder für den Präsidenten zu bewilligen, und stellte damit die bürgerlichen Parteien, die unbedingt auch unbemittelten Abgeordneten die Kandidatur für das Präsidium ermöglichen wollten, vor die Frage, ob sie ihr Zugeständnis aufrecht erhalten können. Der Saal leerte sich sehr schnell, und nur einzelne Abgeordnete blieben zurück, um der Fortsetzung der endlosen Debatte beizumohnen. Um so lebhafter ging es in der Bankenhalle und in den Fraktionsberatungen zu, wo man die sozialdemokrati-

schen Oppositionsleute sehr schnell zu der Ansicht der Mehrheit bekehrte. Schon nach kaum 1/2stündiger gemeinsamer Beratung konnte eine Einigung in dem vorher angekündigten Sinne stattfinden, so daß der Mehrheitspräsident doch zustande kommen wird, wenn auch um einen Tag später.

Die gestrige Besprechung beim Reichskanzler.

— Berlin, 6. Juni. (Ab.) Die gestern nachmittag beim Reichskanzler Grafen Hertling stattgefundene Besprechung der Parteiführer der Reichstagsfraktionen hatte, wie die „Kreuztg.“ erfährt, den Frieden von Bukarest zum Gegenstand.

Die Nachprüfung des Brest-Litowsker Friedensvertrags.

B. A. Berlin, 6. Juni. (Fig. Drahtbericht. Ab.) Wie wir hören, wird die vom russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin angeregte Konferenz zur Verwirklichung des Brest-Litowsker Friedens, die nach russischem Wunsch in Brest-Litowsk stattfinden sollte, nunmehr auf Vorschlag des Herrn v. Nollmann in Berlin zusammentreten. Eine entsprechende Einwilligung ist von Moskau heute in Berlin eingetroffen, so daß die Reichshauptstadt schon in aller nächster Zeit Sitz einer Friedenskonferenz sein wird.

Die sibirische Republik.

W. T.-B. Kiew, 6. Juni. (Drahtbericht.) Die Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen sibirischen Republik in Chabar ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Sitzung des Kabinetts wurde über Maßnahmen zur Befestigung der Sowjetregierung im fernen Osten beraten. Admiral Koltischak wies darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da sie auf Anregung Amerikas gebildet worden sei. Stugow, als Minister des Innern erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Amerika um Unterstützung zu bitten.

Ein Protest der russischen Regierung gegen die Zwangsaushebung von Russen in England.

W. T.-B. London, 6. Juni. (Drahtbericht.) Nach Blättermeldungen aus Moskau richtete Tschitscherin an Lordar, den diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Petersburg, einen scharfen Protest gegen die neuerlich wieder aufgenommene Zwangsaushebung russischer Untertanen für die englische Armee. Die Protestnote betont, daß die britische Regierung bei dieser widerrechtlichen Maßnahme im Einvernehmen mit Vertretern der alten russischen Regierung handelt, welche schon lange nicht mehr besteht und heute nur noch die Triebkraft der Gegenrevolution ist. Die Grundzüge und die politische Lage der russischen Sowjetrepublik verlangen absolute Neutralität im Weltkriege.

Erleichterung des Privatverkehrs nach dem Osten.

W. T.-B. Rom, 6. Juni. (Drahtbericht.) Wie die „Baltisch-Litauischen Nachrichten“ berichten, sind die Eisenbahntrecken Romo - Sosenojan - Dünaburg - Wileka - Klobetischen - Roodbrodz - Konstantinow für den öffentlichen, privaten, Personen-, Gepäck-, Fracht-, Güter- und Tierverkehr freigegeben. Ferner wird ab 6. Juni für den Betrieb der Militärseilbahnstation 11 in Dorpat (Estland-Litland) über Riga der öffentliche Güterverkehr freigegeben. Für die Abfertigung gelten die für die besetzten Gebiete des Ostens eingeführten privaten Gütertarife.

Heftige Agitation gegen die Finnländer in Petersburg!

W. T.-B. Stockholm, 6. Juni. (Drahtbericht.) Aus Petersburg geflüchtete Finnländer berichten, daß dort eine heftige Agitation gegen Finnland getrieben wird, so daß man in finnisches Pogrom befürchtet. Der Senat plant daher den Auslaß finnischer Familien.

Eine Deputation der mandschurischen Rada in Kiew.

Br. Wien, 6. Juni. (Fig. Drahtbericht. Ab.) Aus Kiew wird gemeldet: Hier ist eine Deputation der mandschurischen Rada eingetroffen, die den Anschluß der von Ukrainern besetzten Gebiete im fernen Osten und die Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Groß-Rußland fordert. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die von großer politischer Bedeutung werden kann. Die Provinz Ufurjäl, das Amurgebiet, das Nistengebiet Transbaikalien, sowie das Gebiet der mandschurischen Bahn sind zu etwa 80 Prozent von ukrainischen Kolonisten besiedelt. Es ist dies der sogenannte „grüne Teil“. Die Zahl der hier ansässigen Ukrainer beträgt 1 1/2 Millionen. Das Gebiet enthält große Naturreichtümer an Kohle und Holz. Gleich nach dem Ausbruch der russischen Revolution erklärte sich das gesamte Gebiet für unabhängig. Es organisierte sich die mandschurische Rada. Ukrainische Schulen wurden gegründet und an die Spitze einer Art Militärgeneral Chomow, ein Ukrainer, der von Anfang an für die Vereinigung mit der Ukraine eintrat, gestellt. Die Delegation verlangt u. a., die ukrainische Regierung solle bei den Friedensverhandlungen von Groß-Rußland die Anerkennung des „grünen Teils“ als eines Teils des ukrainischen Staats fordern.

Ein Besuch des Ukraine-Hetmans in Berlin und Wien?

Berlin, 5. Juni. Wie das Ukrainische Pressebureau in Berlin erfährt, wird Skoropadski demnächst zum Besuch der Monarchen und Regierungen nach Berlin und Wien reisen.

Burian für die austropolnische Lösung.

Wi. Wien, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Nach dem Grafen Burian und den deutschen Delegationsmitgliedern fand eine Besprechung über außenpolitische Fragen, insbesondere über Polen, in Zusammenhang mit der Berliner Reise des Grafen Burian statt. Nach dem Eindruck der Delegation beabsichtigt der Minister, in Berlin für die austropolnische Lösung einzutreten.

Zusammentritt des polnischen Staatsrats.

— Berlin, 6. Juni. (ab.) Polnische Blätter zufolge meldet ein Telegramm aus Warschau, daß der polnische Staatsrat am 20. Juni eröffnet werden wird.

Italienische Frontberichte.

Dr. Basel, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Die entente-freundliche „Neue Korrespondenz“ meldet aus Rom: Die Kriegsberichterstatter der italienischen Front melden, daß der Feind fortgesetzt neue Truppenbestände an diese Front heranzieht. Die in Frankreich tobende Schlacht wird sich in nächster Zeit bis zur Piave erstrecken. Die Stimmung unter den italienischen Truppen sei ausgezeichnet.

Zwei deutsche U-Boote in Amerika?

Dr. Rotterdam, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht. ab.) Hier gehen Nachrichten ein, wonach zwei deutsche U-Boote in den amerikanischen Gewässern tätig sind. Bisher wurden ein Dampfer und mehrere Segler versenkt. Die Versicherungsprämien für Schiffe sind vorläufig auf das Doppelte erhöht worden.

Zur innerpolitischen Lage in Österreich.

W. T. B. Wien, 6. Juni. (Drahtbericht. Korrespondenz-Bureau.) In der heutigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutsch-nationalen Parteien wurde die politische Lage eingehend erörtert. Laut einer parteiamtlichen Verlautbarung kam neuerlich die Anschauung zum Ausdruck, daß selbstverständlich einer baldigen Einberufung des Parlaments beizupflichten sei, daß jedoch die Arbeitsfähigkeit des Hauses durch eine tragfähige Mehrheit sichergestellt sein müsse, und zwar nicht bloß für die drängenden Staatsnotwendigkeiten, sondern auch zur Abwehr jeder schleppenden Opposition von tschechisch-slawischer Seite.

Börsensteuer und Umsatzstempel.

W. T. B. Berlin, 6. Juni. Im Hauptamt des Reichstags erklärte bei der Beratung der Änderung des Reichssteuer-Gesetzes Staatssekretär Graf Rüdern, daß das ganze Gebiet der sogenannten Börsensteuer bisher nur 125 Millionen Mark erbrachte. Eine Erhöhung um 200 Millionen Mark kann im Verhältnis zu anderen Steuergebieten nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden. Das eine Erhöhung des Umsatzstempels für Aktien auf drei pro Mille anlangt, so ist es zweifelhaft, ob die Erhöhung den erwarteten Ertrag bringen wird. Es wird nicht schaden, wenn die augenblickliche Ausbeutung der Spekulation an der Börse durch den hohen Umsatzstempel eingedämmt wird. Eine Erhöhung der Provision der Banken auf 1/4 pro Mille von dem ausmachenden Betrag ist ohne Widerspruch des Publikums aufgenommen worden. Der Reichsbankpräsident Hadenstein erklärte, er habe aus der Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß bei allen Seiten gewisse Bedenken bestehen gegen den Satz von 3 pro Mille. Wir brauchen eine geschäftsfähige und tätige Börse und die kann allerdings durch den Satz getroffen werden. Wir stehen aber vor einer besonders wilden Spekulation als Kriegsspekulation. Kriegsgewinnler und andere Kreise wirken mit, um der Spekulationslust zu fördern. Man wird ihnen nicht bekommen, solange es nicht möglich ist, sie durch starke Kriegsschulden zu fassen. Für gesunde Zeiten würde der vorgeschlagene Satz nicht passen, wohl aber jetzt als Mittel im Kriege, um die Spekulationslust einzuschränken.

Pflichtfortbildungsschule und Jugendkompanien.

— Berlin, 6. Juni. (ab.) Ein freikonservativer Antrag wird die preussische Regierung ersuchen, bald nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß die allgemeine Pflichtfortbildungsschule mit staatsbürgerlichem Unterricht für alle jungen Leute bis zum vollendeten 17. Lebensjahr durchgeführt wird, sowie daß die Einrichtung für die militärische Vorbildung der Jugend (Jugendkompanien) überall als Zwangseinrichtung für das Alter von 16 bis 20 Jahren durchgeführt wird.

Deutsch-englische Austauschverhandlungen.

W. T. B. Berlin, 6. Juni. Am 6. Juni werden voraussichtlich die bereits seit einiger Zeit angekündigten Verhandlungen über die Gefangenenerfragen zwischen den deutschen und englischen Delegierten unter der Leitung der niederländischen Regierung im Haag beginnen. Auf beiden Seiten besteht das Bestreben, auf möglichst breiter Grundlage die schwebenden Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Es ist, wenn die Verhandlungen in diesem Geiste geführt werden, zu hoffen, daß einer beträchtlichen Zahl Kriegsgefangener, Internierter und Zivilpersonen die Freiheit wiedergegeben und das Los der Gefangenen erleichtert wird. Es kann aber dem Geiste der Verhandlungen nicht zuträglich sein, wenn gleichzeitig nebenher, wie dies in der Northcliffe-Presse in allen Tonarten bis jetzt der Fall war, die gehässigen, der Wahrheit und Gerechtigkeit widersprechenden Angriffe über die Gefangenenebehandlung in Deutschland eingebracht werden. Es dürfte im Interesse eines guten Verlaufes der Verhandlungen liegen, wenn auf diesem Gebiete auch die gegnerische Presse, zum mindesten während der Verhandlungen, das unzulässige Schreiben unterlassen würde.

Wiesbadener Nachrichten.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Im Bürgeraal des Rathauses fand gestern Abend die Jahresversammlung der „Lebensmittel-Bezugsvereinigung“ statt, die vielschichtig in der breiteren Öffentlichkeit wenig bekannt sein dürfte, nichtsdessen ungeachtet aber für diese von großer Wichtigkeit ist, da sie die Einwohnerstadt mit den meisten Lebensmitteln versorgt. Obwohl eine bedeutsame und verantwortungsvolle Aufgabe, deren sich aber, wie der Verlauf der Versammlung erkennen ließ, die leitenden Per-

sonlichkeiten mit Eifer und Geschick unterziehen. Der Vorsitzende des Ausschusses Herr Wolff Hartz, der die Verhandlungen leitete, gab in seiner Begrüßungsansprache der Versammlung über den zahlreichen Besuch der Mitgliedschaft und im Hinblick auf die militärische Lage der Überzeugung Ausdruck, daß die neuen schönen Erfolge im Westen den allgemeinen Frieden immer näher rücken, und widmete den Tapferen, die in steter Lebensgefahr das Vaterland verteidigen und schützen, herzlichste Dankesworte. Herr Clouth vom städtischen Lebensmittelamt hieß die Versammlung namens des Magistrats willkommen und wünschte den Beratungen besten Erfolg. Schon die Überlassung des Versammlungsortes durch den Magistrat beweise, daß dieser die Tätigkeit der Vereinigung voll wertschätze und anerkenne. Er selbst müsse sagen, daß in keiner anderen Stadt das Zusammenarbeiten von Kleinhändlern und Magistrat so gut wie in Wiesbaden. Dies sei vor allem der Lebensmittel-Bezugsvereinigung zu danken, deren Führern und Organen er verbindlichst danke für die Hilfe und den guten Rat, die sie dem städtischen Amt zuteil werden ließen. Hoffen wir, so schloß Redner, daß die Friedenssonne, die im Osten aufgegangen, auch bald im Westen scheinen wird, damit der Lebensmittelvertrieb wieder in die Hand der Kleinhandler gelegt werden könne, denn die städtische Verwaltung wisse, daß er dahin gehöre und gut aufgehoben sei. — Darauf erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied Herr Spindler den Geschäftsbericht, aus dem folgendes hervorgehoben sei: Wenn auch der Kleinhandel der Kolonialwarenbranche nicht zum wenigsten unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen zu leiden hat, so will er doch an seinem Teil dazu beitragen, daß ein Durchhalten der Bevölkerung wie bisher, auch künftig möglich ist. Zu beklagen sei, daß ihm bei der Einführung der Nationalierung der Verkauf und damit auch der Verdienst an einer Reihe von Artikeln entzogen wurde, für die er einen Ersatz nicht erhalten hat; ebenso unangenehm ist in Kleinhandelskreisen empfunden worden, daß sie in den Kriegsgesellschaften nicht vertreten sind, wodurch berechnete Interessen nicht in zufriedenstellender Weise wahrgenommen werden können. Im allgemeinen kann aber gesagt werden, daß sich der Kleinhandel an die durch die staatliche Bewirtschaftung bedingten Beschränkungen und Kontrollmaßnahmen gewöhnt, und daß die Lebensmittelverteilung nach dem für Wiesbaden gewählten System sich gut bewährt hat. Der Umsatz an vom Lebensmittelamt bezogenen rationierten Waren betrug sich auf rund 3 1/2 Millionen Mark, das sind auf eine Verteilungswache berechnet im Durchschnitt 64 000 M. Der Höchstbetrag in einer Woche wurde mit 183 000 M. erreicht, während der kleinste 18 000 M. betrug. Der Gesamtwarensumme erreichte die Höhe von fast 4 Millionen Mark, der von 14 Angestellten bewältigt wurde. Der Mitgliederstand ist jetzt 234; neue Mitglieder werden nicht mehr aufgenommen. Die Lagerfrage hat im Berichtsjahr eine zufriedenstellende Lösung gefunden, indem die große Turnhalle der Turngesellschaft für diesen Zweck gemietet wurde. Auch die Büroräume sind dem Umfang des Geschäfts entsprechend vergrößert und nach Mauritianstraße 14 verlegt worden. Die zur Verfügung stehende Ersparnis von 18 735.14 M. bei vorsichtiger Bewertung des Warenlagers gibt ein Anrecht auf Vertrauen der weiteren Zeit der Nationalierung entgegenzusetzen. Der Geschäftsführer wendet sich gegen die Verteilung größerer Mengen von Lebensmitteln, da die rationelle Verwendung nicht gewährleistet sei, auch der Überblick über die Vorräte verloren gehe. Das hiesige Verteilungsverfahren habe sich gut bewährt. In der Besprechung des Berichts wandte sich Herr Stadtvorstandener Bauer, der Geschäftsführer des großen Kaufmannvereins, dagegen, daß den Kleinhandlern auch nur nach ein Artikel genommen wird, sowie gegen den staatlichen Kleiderhandel. Überall verleihe der Großhandel viel Geld, während dem Kleinhandel nur das Allernotwendigste gelassen werde. Wenn der Große richtig nachgegangen werde, könnten die Preise niedriger sein, womit jedoch nicht etwa ein Vorwurf gegen das städtische Lebensmittelamt erhoben werden solle. Gegen die Verteilung größerer Mengen spreche auch der Umstand, daß die kleinen Leute nicht das Geld dafür hätten. Herr Clouth bemerkte dazu, daß die Überweisung des Postens an die Butter- und Eierhändler mit Rücksicht auf die große Notlage der letzteren geschehen sei. Jedenfalls wolle aber der Magistrat auch die Ergreifungsmöglichkeit der übrigen Kleinhandler gewahrt wissen. — Für den Ausschuss berichtete Herr Stadtvorstandener Dietrich über die vorgenommene Prüfung der Inventur und Bilanz-Aufstellung, die in allen Teilen als richtig befunden wurde. Nach Verlesung der Bilanz und Jahresrechnung wird diese von der Versammlung genehmigt und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Ersparnisverteilung wird nach dem Vorschlag von Vorstand und Ausschussrat vorgenommen, der eine Vergrößerung der Anteile mit 4 Prozent und eine weitere Stärkung der Reserven vorsieht. Auf besondere Empfehlung des Vorsitzenden wird der Kriegsfürsorge der Handelskammer die Summe von 1600 M. überwiesen. — Damit war die Tagesordnung erledigt und Herr Hartz schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß und recht bald ein allgemeiner Frieden beschieden sein möge, der uns für die gebrachten Opfer an Gut und Blut entschädigen und für die innere und äußere Entwicklung unseres Vaterlandes reiche Früchte tragen werde zum Segen des ganzen deutschen Volkes.

— Die Lubendorff-Expedition wird hier in Wiesbaden, wie bereits erwähnt, in der zweiten Hälfte dieses Monats erhoben. Hausbesuche werden demnach bei der Kaufmannschaft und bei den Gewerbetreibenden. Schulkinder mit Sammelbüchern besuchen die anderen Familien. Von Straßensammlungen wird abgesehen, nur soll vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal ein Sammel- und Verkaufstand eingerichtet werden, an welchem Abzeichen, Postkarten und Gedächtnisblätter zu haben sind. Sämtliche Banken und Feinhandels-Geschäftsstellen nehmen Zahlungen entgegen. Die Geschäftsstelle bei der Poststation Nr. 20 720.

— Die Entseignung der Türkisen und Fenstergriffe sowie die Durchführung der Metallbeschlagsnahme hat in den Kreisen der Hausbesitzer eine begründete Erregung hervorgerufen. Da verschiedene wichtige Punkte der Aufführung bedürfen, veranstaltet der hiesige „Hausbesitzerverein“ am Montag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der „Bartburg“ einen Besprechungsabend, in welchem die Einzelheiten der den Hausbesitzer besonders berührenden Bestimmungen besprochen werden sollen. Zu der Versammlung sind alle Interessenten eingeladen.

— Kein Briefverkehr mit den Vereinigten Staaten. Das schwedische Rote Kreuz in Stockholm übermittelte eine offizielle Rundgebung des amerikanischen Rotes Kreuzes in Washington, durch die bekanntgegeben wird, daß nach amerikanischem Gesetz irgend welche Verbindung zwischen den Deutschen und ihren Angehörigen oder Freunden in Amerika strengstens verboten ist. Ein Deutscher in Amerika, der versucht, Briefe an seine Familie in Deutschland zu senden, wird mit Gefängnis bestraft. Ebenfalls machen sich alle Personen strafbar, die Briefe aus Deutschland entweder unmittelbar oder durch Vermittlung Neutraler empfangen. Eine Ausnahme findet nur mit Erlaubnis für die Korrespondenz zwischen Kriegsgefangenen in Amerika und Angehörigen, die durch die bekannten Wege zu leiden ist, statt. — Auf Grund dieser Mitteilung muß deshalb im Interesse der Angehörigen von deutschen Zivilpersonen in Amerika von jeder Korrespondenz mit diesen dringend abgesehen werden.

— Hausbrand. Die Marke 9 der Brennstoffmarke ist für alle Haushaltungen bei sämtlichen Kohlenhändlern in Kraft gesetzt. Auf diese Marke werden vorausgesetzt: 2 Zentner gemischte Kohlen. Darunter darf nach Wahl 1 Zentner Braunkohlenbriketts oder 1 Zentner Koks sein, so weit dies nach dem Vorrat der Händler möglich ist. Diejenigen Kohlenhändler, die keine Kohlen zur Belieferung der Brennstoffmarke 9 haben, sind vom Magistrat angewiesen, ihren Kunden auf Antrag einen Lieferchein auszustellen, gegen dessen Abgabe diese 1 Zentner gemischte Kohlen zu 3.25 M. und 1 Zentner Koks noch Wahl, und zwar: Koks zu 3.20 M., Perlkoks zu 2 M., Koksgrus zu 1.40 M. beim städtischen Gaswerk an der Rainzer Straße abholen können.

— Israelitische Kultusgemeinde. Samstag, den 8. d. M., predigt in der Synagoge am Riedelsberg Herr Rabbiner Dr. Dienemann.

— Die Villeneinbrüche sind in letzter Zeit immer häufiger geworden. Zuletzt wurde ein solcher aus der Verhagelstraße gemeldet, bei welchem nebenbei erhebliche böswillige Zerstörungen vorkamen. Die Kriminalpolizei war den Tätern auf der Spur, und diese sind demnach auch gestern in dem benachbarten Mainz in den Personen zweier Fahnenflüchtigen festgenommen worden. Es handelt sich dabei um den 21-jährigen Hermann Bauer und 30-jährigen Hubert Kappeler von hier. Besonders der letztere ist mit 9 Jahren Festung vorbestraft und hat sich mehrfach bereits der Verübung seiner Strafe durch die Flucht entzogen. Auch gestern, bei seiner Festnahme in Mainz, leistete er zwei Kriminalbeamten den heftigsten Widerstand. Er flüchtete in ein Haus, in dem er sich verbarricadierte und seine Verfolger mit dem Revolver bedrohte. Als er zu der Einsicht gekommen sein mochte, daß seine Stellung nicht zu halten war, richtete er den Revolver gegen sich selbst und brachte sich zwei Schüsse in den Unterleib bei. Er wurde in das Militärspital, Bauer, der im „Pflug“ festgenommen wurde, wo man beide in der Suppenküche quergestellt, in das Gefängnis gebracht.

— Bei einem Einbruch in das königl. Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel der einiger Zeit sind u. a. drei wertvolle Stuhlwagen gestohlen worden, auf deren Wiedererlangung vom Kaiser persönlich großer Wert gelegt wird. In Frage kommt eine Uhr aus Goldbrunze, ebenso eine Wase und ein Sofa, welches von einer umstehenden Figur gefüllt wird, 47 Zentimeter hoch, ferner eine andere Uhr, ebenfalls aus Goldbrunze, auf deren Sockel sich ein Engel mit Bogen, ein Hund und eine Kanne befindet, 40 Zentimeter hoch, endlich eine Stuhlwagen mit Schlagwerk und weichen Pufferblatt aus weissem Marmor und Goldbrunze, auf einer Sockelplatte stehen zwei blattförmige, durch eine Querleiste verbundene Säulen mit kreisförmigen Kapitälchen, in der Querleiste ruhend das Uhrgehäuse mit Hockaufsatz, etwa 40 Zentimeter hoch. Möglicherweise sind die Kunstwerke in die Hände von Privatpersonen gelangt, welche den Besitz verheimlichen, weil sie eine Verurteilung befürchten. Diese Furcht aber ist unbegründet, sofern sie gläubig die Uhren erworben haben.

— Ein Einbruch durch eine Kelleröffnung von der Straße her wurde in der vergangenen Nacht in dem „Hotel zum neuen Adler“ in der Goethestraße verübt, bei welchem die Einbrecher fünf Weine, Sekt usw. im Wert von etwa 600 M. erbeuteten.

— Personal-Nachrichten. Wiegandmeister Endres im 55. Feldartillerie-Regiment wurde zum Leutnant befördert.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

FC. Fulda, 5. Juni. Die Bischofs-Konferenz in Fulda wird heute am 20. und 21. August abgehalten. Die Beratungsgegenstände der Konferenz stehen noch nicht fest.

Ms. Kassel, 5. Juni. Eine verhängnisvolle Spielerei mit einem Revolver hat sich gestern Abend in dem Reservé-Bazarett „Reisingarten“ in Rieder-Zwehren zugetragen. Ein Feldwebel knietete in dem unentschuldigten Jutrum, daß der Revolver eines Kameraden nicht geladen sei, an diesem herum, als sich plötzlich ein Schuß erhub und den vor ihm stehenden Briefträger Rudolf vom Hiesigen Postamt auf der Stelle tötete. Der Feldwebel stellte sich sofort der Militärbehörde.

Frank. Darmstadt, 5. Juni. Der Staatssekretär des Reichspostamts Winkl. Geh. Rat Rüdlin machte heute hier seinen Besuch, wurde auch dem Oberbürger empfangen und zur Tafel gesessen.

Neues aus aller Welt.

Ein Sekundanter als Strateg. Berlin, 6. Juni. Der Obersekundanter B. von der Albrecht-Dürer-Oberrealschule in Neudamm hatte einen Operationsplan für eine neue deutsche Offensive in Flandern entworfen und diese nicht einer der Truppenbewegungen veranschaulichenden Kartenspiele an den Chef des Generalstabes der dritten Armee, Generalmajor v. Vohberg, geschickt. Dieser Tage erhielt der Obersekundanter vom Generalmajor ein ausführliches eigenhändiges Schreiben, aus dem hervorgeht, daß der junge Stratege sogar die Anerkennung des Obersten Kriegsherrn gefunden hat. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Ihm Ihnen eine besondere Freude zu machen, habe ich Ihren Brief mit Stille und Erläuterung an den Kaiser geschickt. Von einem der Flügeladjutanten habe ich heute folgende Antwort erhalten: „Der Kaiser habe sich über die Vorlage des Briefes kolossal ge freut. Er habe gleich eine Kopie des Briefes und der Skizze anfertigen lassen und an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg geschickt. An diese Kopie hat der Kaiser eigenhändig handschriftliche: „Der Sekundanter gehörte in die Operationsabteilung.“ Sie werden sich über diese besondere Anerkennung des Kaisers ganz lebhaft freuen und verdienen sie auch voll und ganz, denn solch taterländisch denkende junge Leute brauchen wir in dieser ersten Zeit.“

